

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1855

17.5.1855 (No. 116)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. Mai.

N. 116.

Borausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgeld: die gefaltene Preitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14 wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1855.

Des Himmelfahrtsfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Aus den Protokollen der Wiener Konferenz.

(Fortsetzung.)

IV. Protokoll der Sitzung vom 21. April. Bei Verlesung des Protokolls verlangt Fürst Gortschakoff den Zusatz, daß er unter der im ersten Artikel angenommenen Garantie nicht eine aktive Garantie für den Territorialbestand des osmanischen Reichs verstehe. Sofort erklärt Fürst Gortschakoff für Pflicht der russischen Vertreter, sich sowohl über die in der letzten Konferenz gemachten Vorschläge auszusprechen, als ihre eigenen Ansichten über die Mittel zur Ausführung des dritten Punktes kundzugeben. Sie können die ihnen gemachten Vorschläge, als den Rechten ihres Herrn und dem europäischen Gleichgewicht entgegenstehend, und für die Unabhängigkeit des Kaisers gefährlich, nur verwerfen. Fürst Gortschakoff bedauert die Abwesenheit Preussens bei den Verhandlungen; er fragt sofort, ob die Konferenz die Ansichten der russischen Bevollmächtigten über den Plan, den er mittheilt, kennen lernen wolle. (Derselbe ist entwickelt in einer Denkschrift, worin Rußland zu beweisen sucht, daß die Türkei durch ihren vorbereiteten Eintritt in das europäische Staatensystem die stärkste Bürgschaft für sich erhalte — eine Bürgschaft, welche Rußland nicht verlegen könnte, ohne das europäische Recht zu verletzen, und eine allgemeine Koalition gegen sich hervorzurufen. Ueberdies weigere sich Rußland nicht, auf den Wunsch des Sultans durch eine Revision des Vertrags von 1841 neue Garantien zu bieten. Gern erkenne Rußland an, daß der Sultan das Recht und die Macht habe, die beiden Meerengen den Kriegsschiffen anderer Staaten zu öffnen; nur müßte dies Recht dann allen Nationen, mit denen die Pforte sich im Frieden befinde, gewährt sein. Sei ein solcher Plan im Interesse des allgemeinen Gleichgewichts angenommen, so sei damit der Inferiorität der Pforte im Schwarzen Meer ein Ziel gesetzt. Diese Bürgschaft könnte noch durch andere Maßregeln, die deren Korollare bilden, verstärkt werden. Man möge daher über Situationsfragen, die von jener Hauptidee ausgingen, beraten. Namentlich sollte dem Sultan das Recht vorbehalten bleiben, in Betreff jener allgemeinen Regulationen für besondere Fälle, ausnahmsweise und temporär andere Bestimmungen zu Gunsten einer Flotte zu treffen.) Lord J. Russell erklärt, er sei nicht ermächtigt, auf der von dem Fürsten Gortschakoff vorgeschlagenen Grundlage zu unterhandeln. Ali Pascha: seine Instruktionen schreiben ihm vor, das Prinzip der Schließung der Meerengen festzuhalten, welches die Pforte jederzeit als Garantie ihrer Unabhängigkeit betrachtet habe. Die Öffnung der Strassen wäre nicht nur gefährlich für das osmanische Reich, sondern würde auch die Gelegenheit zu Mißverständnissen zwischen den europäischen Mächten vermehren. Auch Drouyn de Lhuys erklärt, daß er nicht ermächtigt sei, sich auf die Einzelheiten des russischen Planes einzulassen; Frankreich nehme die Idee der Kaiserin Katharina auf, und wolle im Schwarzen Meer nur einen Handelsverkehr. Fürst Gortschakoff: Nichts bedrohe die türkische Unabhängigkeit mehr, als mächtige Flotten von der einen Seite, wenn das russische Gegengewicht unterdrückt sei. Drouyn de Lhuys: Die türkische Regierung sei der beste Richter, um zu entscheiden, ob die Ausnahmen des Art. 5 ihren Interessen entsprechen. Lord J. Russell: Die einzigen Gefahren für das türkische Reich kommen von Rußland. Da Rußland keine Garantien gewähren wolle, so könne er nur bedauern, daß Frankreich und England in die Nothwendigkeit verlegt seien, diese unerlässlichen Garantien in Fortsetzung der Blokade des Schwarzen Meeres und der Dstsee zu suchen. Hr. v. Bourqueney: Der ganze Plan der russischen Bevollmächtigten zielt darauf hin, die russische Uebermacht im Schwarzen Meere herzustellen, während die Konferenz gerade Mittel suchen sollte, ihr ein Ziel zu setzen. Fürst Gortschakoff entgegnet, das von ihm übergebene Altkensud habe zu beweisen: 1) daß die Angriffskräfte Rußlands im Schwarzen Meere nicht so gefährlich seien, wie man zu glauben scheine, 2) daß das Interesse des europäischen Gleichgewichts sowohl, als die Unabhängigkeit der Pforte das Vorhandensein einer russischen Seemacht im Schwarzen Meere erheischen. Graf Buol bedauert, daß Rußland das Prinzip der Öffnung des Schwarzen Meeres vorschlage, während die andern Mächte einstimmig das gegentheilige Prinzip als für die Ruhe Europa's nothwendig erklären. Oesterreich könne begreifen, daß Rußland eine achtungsgebietende Macht im Schwarzen Meere haben wolle, aber es sehe in der unbegrenzten Ausdehnung derselben eine Gefahr nicht nur für die Türkei, sondern für Rußland selbst. Die russische Flotte, zu schwach, um im gegenwärtigen Kriege die Küsten zu verteidigen, sei zu stark im Gegensatz zur osmanischen. Drouyn de Lhuys zeigt, daß Rußland der Türkei keine Art von Sicherheit gewähre: den in der letzten Sitzung angenommenen Art. 1 führe es auf eine bloße Chimäre zurück. Rußland spreche von der Gefahr für die Pforte, wenn europäische Streitkräfte sich um Konstantinopel sammeln, und doch schlage

es einen Plan vor, nach welchem diese Streitkräfte ungehindert dahin gelangen können, ja welcher gestattet würde, die russische Flotte mit der des Schwarzen Meeres zu vereinigen. Baron Prokesch macht bemerlich, daß, wenn vier Mächte einstimmig seien, in dem Vorhandensein einer unbeschränkten Macht im Schwarzen Meer eine Gefahr für die Pforte zu sehen, die abweichende Ansicht Rußlands sie nicht hindern könne, Vorsichtsmaßregeln gegen diese Gefahr auszuführen. Nach einigen weiteren Erörterungen schlägt Ali Pascha eine Modifikation des 1. Artikels vor. Nach seiner Ansicht besteht die von jeder der kontrahirenden Mächte nach diesem Artikel übernommene Verbindlichkeit darin, die Unabhängigkeit und den Territorialbestand des osmanischen Reiches zu achten und zu sorgen, daß sie von Andern geachtet werden, die gemeinsame Garantie führe die strenge Beobachtung dieser Verpflichtung von Seiten jeder der kontrahirenden Mächte mit sich. Die Konferenz wird diese Vorschläge bei der Endredaktion in Betracht ziehen. Der Graf Buol hält die verschiedenen Arten der Lösung noch nicht für erschöpft; Lord J. Russell aber erklärt, daß seine Instruktionen kein weiteres Vorgehen gestatten. Drouyn de Lhuys schließt sich dieser Erklärung an mit der Bemerkung, daß er die Befehle des Kaisers einholen müsse und sich Mittheilung vorbehalte.

V. Protokoll der Sitzung vom 26. April. Unter den Bevollmächtigten fehlt Lord J. Russell. Fürst Gortschakoff kommt zunächst noch einmal auf die Garantien für den Territorialbestand der Türkei zurück, indem er als Motiv dafür, daß Rußland keine aktive Garantie für denselben übernehmen könne, die Schwierigkeit angibt, die Grenzen einer solchen festzustellen; er führt als Beispiel die Bedrohung entfernter Provinzen des osmanischen Reiches, wie Tunis und Aden, an, worauf die Vertreter Frankreichs und Englands erwidern, Ersterer, daß Frankreich bereit sei, auf Tunis seinen Schutz auszudehnen, Letzterer, daß England in Betreff Adens keinen Vertrag mit der Pforte verlegt habe. In der Hauptsache übergibt Fürst Gortschakoff einen neuen Vorschlag, der in folgenden zwei Artikeln enthalten ist: Art. 1. Das Prinzip der Schließung der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen in Friedenszeiten, durch die alte Geseggebung der hohen Pforte und durch den Vertrag vom 1. (13.) Juli 1841 festgesetzt, bleibt in Kraft. Art. 2. Se. Hoheit der Sultan behält sich das Recht vor, die Strassen der Dardanellen und des Bosporus zeitweise den Flotten der fremden Mächte zu öffnen, welche die hohe Pforte herbeizurufen für nothwendig hält, so oft sie ihre Sicherheit für bedroht erachtet. Drouyn de Lhuys wiederholt auch hinsichtlich dieser Vorschläge, daß seine Vollmacht erschöpft sei, da Rußland die Beschränkung seiner Macht unter allen Formen abgelehnt habe. So wenig bedauern diese Vorschläge ein Aufhören der russischen Uebermacht im Schwarzen Meer, daß sie vielmehr den Fall vorhersehen, wo diese übermächtige Flotte sich als eine feindliche erweisen wird. Lord Westmoreland erinnert an Lord J. Russell's Erklärung in der letzten Sitzung, daß die Vollmachten der englischen Bevollmächtigten erschöpft seien. Die türkischen Vertreter erklären, in der gleichen Lage zu sein. Graf Buol erklärt sich befriedigt, daß das Prinzip der Schließung der Meerengen fest steht dem der Öffnung derselben von Rußland angenommen sei; der vorgeschlagene Art. 2 sei einer praktischen Anwendung fähig, das Ganze könne noch nicht als eine Lösung oder nur als Grundlage einer solchen betrachtet werden. Baron Prokesch: Bei der Verschiedenheit der Lage der Mächte wäre es schwierig, das Prinzip der Gegenseitigkeit, auf welchem der Art. 2 beruhe, zuzulassen. Rußland brauche keine Garantien zu verlangen, weder für sich selbst, da es solche in seiner Macht besitze, noch für die Türkei, welche keine Garantien in diesem Sinn fordere; aber es sei natürlich, daß die verbündeten Mächte zu Gunsten der Pforte von Rußland Garantien verlangen, um der Wiederkehr von Gefahren, welche ernstlich die Ruhe Europa's gefährdet und demselben so ungeheure Opfer auferlegt haben, zuvorzukommen. Fürst Gortschakoff verteidigt seinen Vorschlag, welcher der Existenz der Türkei neue Garantien gebe; der Art. 2 lasse der Pforte volle Freiheit, diejenigen zu rufen, welche ihm passend erschienen. Graf Buol erklärt, daß der Vorschlag, dem er keinen andern Werth als den eines Entwurfs beigemessen, nur die Mittel an die Hand gebe, der Seeübermacht Rußlands nur dann ein Ziel zu setzen, wenn dieselbe eine solche Größe erreicht habe, um eine unerträgliche Gefahr zu begründen, aber nicht auf eine dauernde Weise jene Gefahr abzuwehren. Drouyn de Lhuys beharrt darauf, es genüge nicht, den jetzigen Konflikt zu beendigen, man müsse die Möglichkeit eines künftigen Befehligens, weil jeder Konflikt Europa in Unruhe versetze. Fürst Gortschakoff wünscht, daß die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens seine Vorschläge ihren Regierungen vorlegen; Drouyn de Lhuys aber erklärt, dieselben nicht nach Paris schicken zu wollen. Nachdem Drouyn de Lhuys auf den Gedanken eines direkten Verhandels Rußlands und der Türkei zurückgekommen, erklärt Ali Pascha, daß direkte Unterhandlungen den mit den verbündeten Mächten eingegangenen Verpflichtungen entgegenstünden, daß man auf diese Art der Unterhandlung nur etwa in Betreff der Details kommen könne. Drouyn de Lhuys sagt, daß sein

Plan die drei Hauptgesichtspunkte betreffe: 1) in einem allgemeinen Vertrag die Garantie Seitens der Verbündeten auszusprechen; 2) dieser Garantie die Form eines Separatvertrags zwischen den zwei nachbarlichen Mächten zu geben; 3) endlich zu verhindern, daß keiner der Verbündeten Separatverpflichtungen übernehme. Ali Pascha besteht darauf, daß jedes Mißverständnis zwischen der Pforte und einer der kontrahirenden Mächte als eine Frage des europäischen Interesses betrachtet werde. Da Fürst Gortschakoff die Hoffnung ausspricht, die Ansichten der russischen Bevollmächtigten möchten von den Vertretern Frankreichs, Englands, und der Türkei in ernstliche Erwägung gezogen werden, so wiederholen die Letztern, daß sie nur auf ihrer frühern Erklärung beharren können. Graf Buol resumirt schließlich die Ansichten, welche er ausgesprochen: das von Frankreich entwickelte und von Rußland abgelehnte Projekt enthalte ein vollständiges und wirksames System; man könne dasselbe nicht von den heute gemachten Vorschlägen sagen; insbesondere reduziere sich das Aufhören der russischen Uebermacht im Schwarzen Meere nach den russischen Vorschlägen auf die dem Sultan vorbehaltene Ermächtigung, fremde Flotten zu seiner Hilfe herbeizurufen, so oft für ihn das Uebergewicht der russischen Flotte einen drohenden Charakter annehme, was in Wahrheit nur die Möglichkeit von Mißverständnissen vermehre; die russischen Vorschläge können schließlich nur betrachtet werden als Elemente enthaltend, die in ein allgemeines und vollständiges System eingefügt werden könnten. Drouyn de Lhuys und der osmanische Bevollmächtigte stimmen dieser Auseinandersetzung des Grafen Buol bei. (Fortsetzung folgt.)

Orientalische Angelegenheiten.

Man verfolgt mit einer gewissen Spannung die neuesten Vorgänge im englischen Parlament, und in so fern mit Recht, als sie die Regungen der (im Uebrigen sehr parteigepaltenen) öffentlichen Meinung gegenüber der englischen Regierungspolitik kennzeichnen. In der Hauptsache werden sie jedoch Nichts daran ändern. Wenn der Anlauf, den die Tories gegen das Kabinett genommen, gescheitert ist, wenn es also der zur Zeit entschiedensten Kriegspartei nicht gelang, die Zügel in die Hände zu bekommen, so geschah Dies nicht aus Friedentendenz, sondern aus Abneigung der Mehrheit gegen die Torypartei und weil man der Regierung ohnehin eine hinlängliche Kriegsenergie zutraut. Den Positionen des Earl Grey und des Hrn. W. Gibson ist noch weniger Erfolg zu versprechen. Ersterer soll im Oberhause ziemlich einsam stehen, und die Zahl der Friedensmänner im Unterhause ist auch eine sehr geringe. Im Ganzen und Großen sind eben die Dispositionen für die Politik der Westmächte durch die Umstände gegeben. Ihnen bleibt nur der Krieg übrig. Ebenso Rußland. Die Rüstungen der kriegsführenden Parteien zeigen, in welchem Styl sie denselben fortzuführen gedenken. Hat doch Rußland abermals eine neue Rekrutierung ausgeschrieben! Die Brücke zwischen ihnen ist zwar nicht förmlich, aber doch faktisch abgebrochen. Die deutschen Großmächte begnügen sich, sie Gemehr bei Fuß zu bewachen. In auch die Stellung Oesterreichs nicht dieselbe wie die Preussens, so hält die süddeutsche Großmacht doch thatsächlich ebenfalls die bewaffnete Neutralität fest, wenn auch mit allerlei frommen Wünschen für seine „Allirten“, und es hat ganz das Aussehen, daß es dabei vorerst vielleicht noch auf lange Zeit, vielleicht für immer, sein Bewenden haben wird. Die praktische Folge kann nur die sein, daß Rußland den westmächtl. Armeen ungehindert stets neue Heeresmassen entgegenwerfen, und ihnen — wie sie auch verhärtet werden mögen — im Felde an Stärke stets überlegen bleiben kann. Und unter solchen Umständen soll das Kriegsglück entscheiden! Wie wird die Entscheidung fallen? Das liegt in der Zukunft dunkeln Schooß; der menschlichen Berechnung drängen sich nur unabsehbare Kämpfe mit unabsehbaren Strömen von Blut und Thränen auf. Zwischenfälle, die sich einen andern Schauplatz erwählen können, entziehen sich noch mehr aller Kombination. Fürwahr eine wenig tröstliche Aussicht!

Frankfurt, 14. Mai. Der „Nürnb. Corr.“ sagt in Bezug auf die neueste, an die deutschen Regierungen gerichtete russische Note: „Man wird nicht irre gehen, wenn man als den Ausgangspunkt des in der Depesche eingehaltene Ideengangs den Bundesbeschluss vom 9. Dezember 1854 im ersten Artikel betrachtet, in dem es heißt: „daß der deutsche Bund als europäische Macht die vier Punkte ihrem wesentlichen Inhalte nach als eine geeignete Grundlage zur Abgrenzung eines gesicherten Rechts- und Friedenslandes in Europa anerkenne, insbesondere aber den ersten und zweiten Punkt auch vom Standpunkte der deutschen Interessen sich aneigne und festhalte.“ Der Sinn der russischen Depesche geht also dahin, daß Rußland unter der indirekt, aber ziemlich klar angedeuteten Bedingung der deutschen Neutralität zur „Wahrung deutscher Interessen“ und um Deutschland hinlänglich zu befriedigen, hinlänglich zu desinteressiren, die

zwei ersten Punkte seinerseits in dauernder Weise sich aneignen und festhält."

Paris, 13. Mai. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Graf Walewski hat bei der Ueberrahme des Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten dem Baron v. Bourqueney die Weisung erteilt, dem österreichischen Kabinett zu erklären: daß, nachdem Rußland, und nicht die Westmächte, die Eröffnung besonderer Konferenzen auf der Grundlage der vier Punkte gewünscht, und die Westmächte das Maß ihrer eigenen Nachgiebigkeit erschöpft haben, es an Rußland wäre, durch ausgedehntere Zugeständnisse seine vielgerühmte Friedensliebe zu betheiligen, widrigenfalls die Westmächte die Fortdauer der fraglichen Konferenzen als rein überflüssig erachten müßten. Zur Stunde hängt es lediglich von der weiteren Haltung Rußlands ab, ob die Konferenz so bald wieder zusammentreten wird. Die Westmächte werden sicherlich jedes direkten oder indirekten Impulses dazu sich enthalten, dafür aber mit verdoppelter Energie die Lösung der Streitfrage durch das Schwert verfolgen.

** Aus Wien wird der „Times“ vom 14. telegraphirt: „Die förmliche Verwerfung der letzten von Oesterreich gemachten Vorschläge ist hier am Sonnabend (12.) angelangt. Man spricht hier von Gegenvorschlägen; aber wenn diese wirklich gemacht wurden, können sie nur auf die zukünftige Politik Bezug haben.“

Aus dem Norden.

Berlin, 15. Mai. Nachrichten aus St. Petersburg zufolge hat Rußland unter dem G. d. M. ein Kriegsmanifest erlassen, in welchem es jetzt als unerlässlich erachtet wird, daß die Armee und die Flotte vollständig gemacht werden; demgemäß ist eine im Juni anfangende und im Juli zu beendende Aushebung in den siebzehn Gouvernements der westlichen Hälfte des Reiches angeordnet, und zwar zu 12 Mann auf 1000 Seelen.

Kiel, 13. Mai. (S. N.) Drei französische Schraubenlinienschiffe und eine Korvette sind heute Abend bei BelleVue vor Anker gegangen.

Danzig, 11. Mai. (S. H. J.) Das englische Kriegsschiff Driver, welches heute hier angekommen, berichtet, daß die Flotte vor Hangoe, am Eingang zum Finnischen Meerbusen, liegt, und den Eisabgang abwartet. Fortan wird wieder der regelmäßige Depeschendienst für Danzig stattfinden.

Vom Bosphorus.

Konstantinopel, 10. Mai. (T. Dep.) Die Kopfsteuer ist abgeschafft. Die Rajahs sind militärpflichtig und für avancementsfähig erklärt; den nicht dienenden ist eine Militärsteuer auferlegt. — Reschid Pascha geht morgen nach Wien ab.

Kriem.

London, 14. Mai. Von Lord Raglan sind folgende Depeschen durch den Telegraphen an den Kriegsminister gelangt:

1) Vor Sebastopol, 11. Mai, 5/4 Nachmittags. Der Feind eröffnete in vergangener Nacht ein starkes Feuer gegen unsere Laufgräben, und unterhielt dasselbe beinahe 2 Stunden lang. Unsere vorgeschobenen Parallelen wurden von ihren Truppen nicht angegriffen. Gestern Abend zogen die Russen eine Waffenstillstandsflagge auf, um ihre Todten zu begraben, welche die Nacht zuvor in Fronte unserer avancierten Attaque geblieben waren. Der Waffenstillstand wurde ihnen zugestanden.

2) Der Feind machte in verfloßener (Freitag) Nacht einen Ausfall gegen die vorgeschobenen Werke der linken Attaque. Er rückte in 2 Kolonnen an, wurde jedoch unverzüglich mit namhaftem Verluste zurückgeschlagen. Die Haltung der Truppen war bewunderungswürdig. Unser Verlust belief sich auf 6 Todte, darunter 1 Offizier und 5 Gemeine, und auf 30 Verwundete.

St. Petersburg, 11. Mai. Es ist folgender Bericht des Generaladjutanten Fürsten Gortschakoff eingegangen, der ergänzende Mittheilungen zu den letzten telegr. Depeschen enthält:

Am 24. April feuerte der Feind vorzugsweise gegen die Bastionen Nr. 5 und 6 und die vor denselben errichteten Redouten und Logements; vom 22. April bis 30. Abends war das Feuer des Belagerers im Allgemeinen mäßig; die Zahl Derer, um die unsere Reihen sich verminderten, betrug täglich 100 — 175 Mann an Todten, Verwundeten, und durch Kontusionen Verletzten. Die feindlichen Anproben finden durch das Feuer unserer Festungsartillerie und durch die Hintenfallen aus unseren Logements kräftige Hemmung, und rücken deshalb nicht vor; die Wirkungen des vom Belagerer gegen die Bastion Nr. 4 geführten unterirdischen Krieges beschränkten sich auf eine von dem Rande seines mittleren Trichters aus bewerkstelligte Sprengung, um eine unserer Porzellanerlen zu durchbrechen; allein diese Sprengung war dem Feinde verderblicher als uns; unsere Gallerie, die nur auf 5 Fuß beschädigt war, wurde sofort ausgefüllt, dem Feinde aber wurde durch jene Sprengung ein Theil seines Trichters verschüttet. Um die Franzosen an der Besetzung einer Höhe von 40 bis 50 Sashenen vor der Bastion Nr. 5 zu hindern, auf welcher sie bequem eine Batterie aufzuführen und in schräger Richtung agiren konnten, haben wir dicht vor der rechten Hälfte der Bastion Nr. 4 unter dem Feuer des Feindes, im Laufe von 5 Tagen, zwei starke Tranchen mit einem besondern Verbindungswege errichtet. Zur Ausführung dieser Arbeiten wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. April geschritten, und zu diesem Ende besondere Kommandos bestimmt, denen zur Deckung 3 Bataillone des Jekaterinburg'schen Infanterieregiments und zwei Bataillone des Alexanderpolschen Jägerregiments beigegeben waren, sämmtlich unter der Führung des Kommandeurs der 1. Brigade der 16. Infanteriedivision des tapfern Generalmajors Ehruschtschew, der durch Bravour und Dispositionstalent schon bei der Abwehr des feindlichen Angriffs auf die Redouten Selenginsk und Wolpognat die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Am 24. gegen 8 Uhr Abends,

als unsere Reite und die Bedeckung sich aufstellten, eröffnete der Belagerer ein starkes Gewehrfeuer gegen die unternommenen Arbeiten, und machte nach einigen Salven eine heftige Attaque auf dieselben. Nachdem er unsere Truppen der ersten Linie zurückgedrängt, schritt er zur Zerstörung der Logements. Da aber griff auf Befehl des Generalmajors Ehruschtschew der Kommandirende des Jekaterinburg'schen Infanterieregiments, der Oberstleutnant Woenski, mit zwei Bataillonen des ihm anvertrauten Regiments unter Trommelwirbel und Hurrahruf mit gefülltem Bajonnet an, und trieb die Franzosen heraus. — Um 9 Uhr erneuerte der Feind den Angriff; allein wieder von heftigem Feuer empfangen, sah er sich genöthigt, in seine Tranchen zurückzugehen, von wo aus er die ganze Nacht hindurch ein Gewehrfeuer unterhielt. Trozdem blieben die halbzerstörten Logements in unseren Händen; am Morgen des 25. waren sie wieder hergestellt, und zwar noch kompakter, und es waren hinter ihnen zwei neue errichtet. Die Behauptung dieser Arbeiten und die Bewerkstelligung derselben unter dem ganz nahen Feuer des Feindes macht unsern Truppen und dem Generalmajor Ehruschtschew, unter dessen Leitung die Arbeiten ausgeführt wurden, die größte Ehre; mehr als einmal hätten die Anstrengungen des Feindes mit dem Bajonnet zurückzuschlagen, und jede Nacht richteten die Franzosen auf diesen Punkt das heftigste Gewehr- und Geschützfeuer. Bei diesen Kämpfen wurde unter Andern der Stabkapitän Lawrow vom Generalstabe getödtet, ein junger Mann von glänzenden Fähigkeiten und zu großen Hoffnungen berechtigt. — Während der ganzen Zeit vom 24. bis 30. April blieb die feindliche Flotte wie vorher vor Anker liegen, ohne irgend welche Operationen gegen Sebastopol zu unternehmen. — Auf den übrigen Punkten der Halbinsel ist Alles ruhig. — Am Schlusse seines Berichtes theilt der Generaladjutant Fürst Gortschakoff mit, daß am 29. April, als dem Geburtsstage Sr. Maj. des Kaisers, nach Beendigung des im Sebastopolschen Tempel im Besitze des Oberkommandirenden und der Chef der Garnison abgehaltenen feierlichen Gottesdienstes, nachdem das Gebet um langes Leben Sr. Majestät und des gesammten Kaiserhauses gesprochen, von der rechten Facade der Bastion Nr. 4 und der nächsten Batterie 101 Kriegsaluttschüsse abgefeuert wurden.

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Mai. Heute wurde vor dem Ettlinger Thor, in der Nähe des Centralbahnhofes, das zum ehrenden Andenken des vor 17 Jahren verstorbenen großh. Staatsministers Ludwig Winter aus vaterländischen Beiträgen errichtete Standbild enthüllt. Vertreten waren bei der einfachen Festlichkeit das Zentralkomitee, der Gemeinderath der Residenz, die betheiligten Künstler, Werkleute etc. Das Standbild wurde von dem Komitee durch eine Anrede an den Gemeinderath übergeben und von diesem im Namen der Residenzstadt in Besitz und Obhut genommen.

Einfach gehalten, stellt es den Verewigten in einer zehn Fuß hohen, aus Bronze gegossenen Figur, in sprechender Ähnlichkeit, in der Stellung und dem Ausdruck dar, wie wir ihn öfters in den Kammern der Abgeordneten gesehen haben, wenn er sich von seinem Siege erhob und das Wort ergriß.

Das aus unserm rothen Sandstein in großen, schön geformten Massen gebildete Fußgestell wird auf der Vorderseite die Inschrift erhalten:

Georg Ludwig Winter.

Geb. d. 18. Januar 1778.

Gest. d. 27. März 1838.

und auf dem Sockel der Rückseite:

Aufgestellt im Frühjahr 1855.

Modell von K. Reich in Hünfingen,

Guß von J. D. Burgschmiet in Nürnberg,

Architektur von F. Fischer in Karlsruhe.

Zu beiden Seiten des Fußgestells sind, von der Mitte desselben ausgehend, Rubenbänke angebracht, die sich nach vorn an zwei geschmackvolle Laternenträger anschließen werden. Möge keine leichtsinnige oder gar böswillige Hand das Vertrauen täuschen, welches sich dadurch ausdrückt, daß dieses Denkmal keine Einfassung erhalten wird. Die beiden Gaslaternen, die zu gleicher Zeit mit den städtischen Gaslaternen angezündet werden und eben so lange wie diese brennen sollen, werden für den Verkehr mit der Eisenbahn zur Nachtzeit eine angenehme Vermehrung des Lichtes gewähren. Die mit diesem Denkmal beschäftigt gewesenen Künstler haben dabei ihren ausgezeichneten Ruf aufs neue gerechtfertigt. Auch die von Puncteur Klammer gelieferte Steinhauerarbeit verdient Lob. In allen Beziehungen kann dieses Denkmal ein würdiges und wohlgeordnetes genannt werden.

Seidelberg, 12. Mai. (Schwäb. M.) So sehr man wohl Ursache haben mochte, bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen eine Abnahme der Frequenz an unserer Universität befürchten zu müssen, so ist es doch anders gekommen. Dagegen nämlich noch immer einzelne Studenten eintreffen, so hat sich bei den bereits vorgenommenen Immatrikulationen jetzt schon herausgestellt, daß die Zahl der neu aufgenommenen Studenten um mehrere stärker ist, als die derjenigen, welche Abgangszeugnisse genommen haben. Dieses ist um so mehr wünschenswerth, als in der Regel das Sommersemester weniger besucht ist, als das Wintersemester. Besonders stark ist die Zahl der Chemiker. Dagegen das neu erbaute chemische Laboratorium bedeutende Räumlichkeiten hat, so war Professor Wunsen doch in der Lage, nicht alle, welche in demselben arbeiten wollten, aufnehmen zu können. Auch die Zahl der neu eingetretenen Theologen ist verhältnismäßig nicht unbedeutend.

Mannheim, 13. Mai. (Schwäb. M.) Gestern fand zur Berathung einer von R. Wohl verfaßten Denkschrift gegen die Art und Weise, wie der Kölner Brückenbau ausgeführt werden soll, eine Versammlung des hier gebildeten Vereins von Kaufleuten und andern Betheiligten statt, deren Interessen durch den Plan des Brückenbaues bedroht sind. Wie ich vernehme, ist die durchweg begünstigte Ausführung des bekannten Staatsrechtslehrers von solcher Schärfe des

Urtheils und Evidenz der Gegenstände, daß eine gute Wirkung derselben nicht ohne Grund vorausgesetzt wird.

Stuttgart, 15. Mai. Heute entschied der Kassationshof über das von Dr. H. Rieß vorgebrachte Kassationsgesuch. Die Verhandlung dauerte sehr lange in Anwesenheit eines zahlreichen Auditoriums. Der in der Nachmittagsstunde zwischen 4 und 5 Uhr erfolgte Spruch lautet auf Verwerfung des Gesuchs und ist somit Dr. Rieß, als ehemaliger Redakteur des „Deutschen Volksblatts“, wegen Beleidigung Sr. Königl. Hoheit des Regenten, auf Klage der großh. bad. Regierung, zu 3 Monaten auf der Festung zu ersiehender Freiheitsstrafe, 75 fl. Geldbuße, und Tragung sämmtlicher Prozeßkosten verurtheilt.

Würzburg, 14. Mai. Heute wurde vor dem Schwurgerichtshof eine Anklage wegen Preßvergehens gegen den Redakteur der in Köln erscheinenden „Deutsch. Volkszettel“, Dr. Eiferling, verhandelt. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 50 fl. Geldbuße, sowie in die Kosten des Verfahrens, und erkannte, nach dem Antrag des Staatsanwalts, auf Verbot des Blattes im Königreich Bayern auf so lange, bis das Urtheil vollzogen sein wird.

Kassel, 12. Mai. (Fr. Z.) Die einigen Buchhändlern, Buchdruckern, und Lithographen entzogenen Konzessionen sind denselben gegen die resp. Gebühren wieder erteilt worden. Die mit der Konzessionsentziehung bedrohten drei Herren: Raabe u. Komp., Scheel, und Gottf. haben sie ebenfalls wieder erhalten, Ersterer unter Aenderung seiner Firma und Letzterer durch Uebertragung der Druckerei an seinen Bruder. Die beiden noch in Ungewißheit Lebenden, Hotop und Hofmann, sehen täglich einer Entscheidung entgegen.

Köln, 13. Mai. (Fr. Z.) Der Verein, welcher zum Andenken an das Fest der unbefleckten Empfängnis Mariä eine Kirche in Aachen zu erbauen gedenkt, hat sich bereits konstituiert und ist von unserm Kardinal-Erzbischof genehmigt worden. Die Kirche wird laut §. 9 der Statuten den Vätern der Gesellschaft Jesu übergeben.

Berlin, 14. Mai. J. J. K. H. H. die Prinzessin von Preußen und deren Tochter, Prinzessin Louise, sind von Koblenz hier eingetroffen. — Der Assessor Wagener, früher Redakteur der „Kreuzzeitung“, hat seine Ernennung zum Advokatanwalt beim f. Obergericht erhalten und bereits sein Bureau eingerichtet. Er wird die Prozesse des großen Adels in dieser, wie es scheint, reich dotirten Stellung zu führen haben. — Am 21. d. werden die Statuen der Grafen York von Wartenburg und Gneisenau enthüllt werden.

Gotha, 13. Mai. (Fr. P. Z.) Wenn wir recht berichtet sind, so erfolgte die Reise unseres Herzogs nach London auf dringende Einladung des Prinzen Albert, welcher nach einer persönlichen Zusammenkunft mit seinem Bruder verlangte; und es ist mehr als wahrscheinlich, daß ein Hauptgegenstand der brüderlichen Besprechungen die von außen drohende Alterirung unserer kaum befestigten Verfassungsverhältnisse sein werde. Wir meinen die Vertheilung der gothaischen Ritterschaft, welche eine Restitution in ihre vormärzlichen Rechte verlangt, und welche nächstens im Schooße der hohen Bundesversammlung zur Beratung kommen wird. Ohne weiter darauf einzugehen, gestatten wir uns nur die Bemerkung, daß die erwähnte Angelegenheit von der in Hannover vorgekommenen ähnlichen sich hauptsächlich dadurch unterscheidet, daß in Hannover die Staatsregierung den ritterschaftlichen Beschwerdeführern in den wesentlichen Punkten Recht gab, während unsere Staatsregierung den dieselbigen Beschwerdeführern in allen Punkten entschieden entgegentritt und zu Konzessionen durchaus nicht geneigt ist.

Wien, 13. Mai. Das eine Theil der ersten Armee bildende dritte Armeekorps befindet sich bereits auf dem Marsch aus Steiermark nach Wien, und sind im Laufe dieser Woche schon drei Infanterieregimenter, zwei Jägerbataillone, und mehrere Batterien hier eingetroffen, welche nach einigen Kasernen sofort nach Galizien dirigirt werden. — Die „Presse“ zeigt unterm 12. Mai an: „Das regelmäßige Erscheinen zweier hiesigen Blätter am Montag Morgen hat zu Reklamationen von mehreren Seiten Anlaß gegeben und eine Verschärfung der Vorschriften bezüglich des Arbeitens an Sonn- und Feiertagen zur Folge gehabt. Laut hohem Erlaß vom 2. Mai d. J., welcher uns heute mittelst Zirkular mitgetheilt wurde, hat die Statthalterei von Niederösterreich bestimmt ausgesprochen, daß die sämmtlichen Seg- und Druckarbeiten in allen Buchdruckereien während der ganzen Dauer des Sonntags, also nicht bloß während des Vor- und Nachmittagsgottesdienstes, unbedingt einzustellen sind.“

Wien, 14. Mai. Der diplomatische Verkehr ist in letzter Zeit wieder lebhafter als gewöhnlich. Fürst Gortschakoff hatte vorgestern Besprechungen mit den Bevollmächtigten der Westmächte. — H. M. Graf Coronini hat am 1. d., von Mehadia aus, seine Inspektionsreise nach der Walachei angetreten. Er begab sich nach Krajowa und beabsichtigt auch in Bucharest nur zwei Tage zu verweilen. — Das Handlungshaus Ritter in Görz hat die Bewilligung erhalten, die Vorarbeiten zur Errichtung einer Eisenbahn von Görz nach Gradisca zu unternehmen. — Die Tracirung der Eisenbahnstrecke von Prag über Pilsen zur bayrischen Grenze nach Nürnberg hat am 8. d. M. begonnen.

Italien.

Turin, 10. Mai. (Tel. Dep.) In der gestrigen Sitzung des Senats schlug Senator Desambrois, Präsident des Staatsraths, früherer Minister des Innern, bei Beratung des Klostersgesetzes folgenden Amendement vor: 1) Als moralische Körperschaften sollen diejenigen Klöster

